

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 45 (1965-1966)
Heft: 2

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

«ESCALATION» IN VIETNAM UND BERLIN

Amerikas Engagement in Vietnam hat in den letzten Wochen Formen angenommen, die einem *unerklärten Krieg* verzweifelt ähnlich sehen. Die Automation der «Escalation», ausgelöst durch die Angriffe amerikanischer und südvietnamesischer Flugzeuge auf Nordvietnam am 7. Februar, hat weiter gewirkt. Die Vereinigten Staaten gingen dazu über, die Bombardierung von Nachschubwegen, militärischen Versorgungsstützpunkten und Radaranlagen vom 17. Breitengrad an immer weiter nordwärts zu verlegen. In Südvietnam selber gingen *Marinefusiliere* — eine amerikanische Elitetruppe also — an Land, um den Kampf gegen die Vietcong-Rebellen zu führen; zum erstenmal wurden auch chemische Kampfstoffe, freilich nur in der Form eines verhältnismäßig harmlosen *Tränengases*, angewendet. Auf der andern Seite wurde die *Luftabwehr* verstärkt: anfangs April tauchten bei den Nordvietnamesen erstmals sowjetische Flugzeuge des Typs Mig-15 und Mig-17 auf; gegen die Amerikaner wurden Boden-Luft-Raketen eingesetzt, und in Moskau begann eine Kampagne zur Werbung von «Freiwilligen» für Nordvietnam. Gleichzeitig wurde von kommunistischer Seite der Vietnamkonflikt in bekannter Manier zur Auslösung einer weltweiten Agitation gegen die USA benutzt. Der lokale Brandherd in Südostasien droht in immer stärkerem Maße, die Großmächte zu einer *direkten Konfrontation* zu zwingen.

Das Engagement der USA

Nicht nur in dem beteiligten Amerika selbst, sondern auch in zahlreichen Ländern der westlichen Welt wurde in letzter Zeit häufig die Frage gestellt, ob der verstärkte Einsatz der Amerikaner in Vietnam überhaupt lohnend sei. Tatsächlich ist es für den Außenstehenden oft nicht recht klar, was für ein

Regime in Saigon von den Streitkräften der USA verteidigt wird. Als die Amerikaner nach dem Abzug der Franzosen aus Indochina vor zehn Jahren in Südvietnam das machtpolitische Vakuum ausfüllten, stützten sie sich auf *Ngo Dinh Diem*, der eine gewisse Kontinuität zu garantieren schien. Aber Diem gelang es nicht, der innenpolitischen Differenzen Herr zu werden. Während der kommunistische Vietcong, von Nordvietnam aus wirksam unterstützt, immer weitere Gebiete des Landes terrorisierte, verstrickte sich Diem in einen *Kampf mit den Buddhisten*, der seine Position entscheidend unterhöhlte und ihm auch bei den Amerikanern den Kredit raubte. Als er im November 1963 gestürzt und ermordet wurde, schien es, als ob die USA damit von einer schweren Hypothek befreit worden seien.

Was in den anderthalb Jahren folgte, die seit dem Sturz Diems verstrichen sind, läßt freilich berechtigte Zweifel daran aufkommen, ob diese Interpretation richtig war. Seit November 1963 löst in Saigon in wilder Folge ein Regime das andere ab. Keinem von ihnen ist es gelungen, sich länger als ein paar Monate zu halten und die Lage einigermaßen zu stabilisieren. Diese ununterbrochene Serie von Staatsstreichern wurde vom Vietcong rücksichtslos zur Stärkung seiner Stellung ausgenützt, und der Guerillakampf erreichte eine Intensität wie nie zuvor.

Der frühere Angehörige der amerikanischen Hilfsmission in Saigon, *George A. Carver jr.*, deutet in einem Aufsatz in «Foreign Affairs» die Entwicklung in Südvietnam als eine das Land von Grund auf umgestaltende *Revolution*, die sich auch ohne die von Hanoi aus gesteuerte kommunistische Insurrektion vollziehen würde. «Es besteht nun die Gefahr», schreibt Carver, «daß diese Revolution Südvietnam auseinanderreißt oder wegen des durch sie hervorgerufenen Aufruhrs in einen kommunistischen Sieg mündet. Die

Vorkämpfer der südvietnamesischen Revolution handeln aus komplexen Motiven, und nicht alle davon sind idealistischer Natur oder auch nur aufrichtig gemeint. Viele wirken aktiv auf einen Sieg der Kommunisten hin, auch wenn sie öffentlich das Gegen teil behaupten. Andere begehen den Irrtum, dem vor ihnen schon viele erlegen sind, ein Bündnis mit den Kommunisten anzustreben, in der Hoffnung, sie vorübergehend für die eigenen Zwecke einzuspannen und dann überspielen zu können. Der innere Zwiespalt ihrer Gegenspieler erlaubt es jedoch den Kommunisten, eine militärische Überlegenheit zu erringen, die künftig kaum mehr besiegt werden kann. Möglicherweise wiederholen sich in Vietnam die chinesischen Erfahrungen der Jahre 1948 und 1949.» (George A. Carver jr., The Real Revolution in South Vietnam, in: Foreign Affairs, Vol. 43, No. 3, April 1965, S. 408.)

Aus solchen Überlegungen lässt sich leicht die Bedeutung der amerikanischen Präsenz in Südvietnam ableiten. Der Sieg der chinesischen Kommunisten im Jahre 1949, an dem die USA durch ihr damaliges Desinteresse an Tschiangkaischek ihren Teil an Mitverantwortung zu tragen haben, steht als *warnendes Beispiel* dafür da, welch schwere Konsequenzen ein freiwilliges Räumen von Positionen für Amerika haben kann. Die Asienpolitik Washingtons hat sich noch heute mit den Folgen auseinanderzusetzen, die sich aus dem Sieg Mao Tse-tungs ergeben haben. Ein Verzicht auf Südvietnam würde ein weiteres Zurückweichen bedeuten, die kommunistische Revolution ins Mekongdelta tragen, Thailand gefährden, Malaysia einkreisen und so wahrscheinlich die ganze westliche Position in Südostasien ins Wanken bringen.

Johnsons Friedensangebot

Es ist auch in Amerika umstritten, ob die in Vietnam zur Anwendung gebrachte «Escalation» ihren Zweck erreichen wird. Tatsächlich haben die Bombardierungen Nordvietnams bisher zu keiner Erlahmung der Aktivität der Vietcongs geführt. Den kommuni-

stischen Rebellen gelang Ende März sogar ein allerdings mehr spektakulärer als militärisch bedeutsamer Schlag, indem sie ein Sprengstoffattentat auf die amerikanische Botschaft in Saigon verübtet, das mehrere Todesopfer forderte.

Angesichts des Drängens seiner Verbündeten, von denen viele der amerikanischen Aktion in Vietnam skeptisch gegenüberstehen, entschloß sich Präsident Johnson zu einer *Geste des Entgegenkommens* gegenüber dem kommunistischen Block. In einer Rede vor der *Johns-Hopkins-Universität in Baltimore* erklärte sich der amerikanische Präsident bereit, ohne Bedingungen jederzeit in Verhandlungen einzutreten, um eine friedliche Lösung des Konfliktes zu erreichen, wobei Johnson als Ziel die Schaffung eines *unabhängigen Südvietnam* mit einer verlässlichen Garantie seiner Selbständigkeit nannte. Sein Friedensangebot verknüpfte Johnson mit dem Programm einer umfassenden *Entwicklungs hilfe* für Südostasien, die unter der Aufsicht von UN-General sekretär U Thant verwirklicht werden sollte und für welche die USA Investitionen in der Höhe von einer Milliarde Dollar in Aussicht stellten.

Der amerikanische Präsident ließ in seiner Rede in Baltimore, trotz einer flexibleren Haltung, keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die USA entschlossen sind, jedem Versuch einer Aggression, in welchem Teile der Welt auch er sich ereignen möge, entgegenzutreten, denn — so formulierte es Johnson — «es ist eine der zentralen Lehren unserer Zeit, daß der Appetit der Aggressoren nie befriedigt werden kann». Die Luftangriffe auf Nordvietnam würden deshalb fortgesetzt, denn sie seien eine notwendige Etappe auf dem Weg zur Erreichung des Friedens.

Während Johnsons Rede in den meisten westlichen Hauptstädten ein positives Echo fand, reagierten sowohl Moskau als auch Peking und Hanoi ablehnend. Die Kommunisten beharren auf ihrer unannehbaren Vorbedingung, die Amerikaner müßten vor Beginn der Verhandlungen Südvietnam räumen, eine Forderung, die Washington nicht akzeptieren könnte, ohne das Gesicht zu verlieren. Der Kampf in Vietnam geht des-

halb weiter, und alles spricht dafür, daß man sich, wie Johnson sagte, auf einen langen Konflikt gefaßt machen muß, in dem Geduld und Mut und der Wille zum Widerstand erforderlich sein werden.

Schikanen und Nadelstiche in Berlin

Während in Vietnam ein Musterbeispiel militärischer «Escalation» durchexerziert wird, rückte anfangs April die ehemalige Reichshauptstadt *Berlin* in das Zentrum eines Konfliktes, von dem man in den Anfangsstadien nicht wußte, ob hier in modifizierter Form eine Art sowjetische «Escalation» demonstriert werden sollte.

Anlaß zu dieser «kleinen» Berlinkrise, die auf die bekannte Art mit der zeitweisen *Sperre der Zufahrtswege* und einer schikanös langsamem Abfertigung der Reisenden verlief, war der Beschuß des Deutschen Bundestages, zu einer Plenarsitzung nach der deutschen Hauptstadt zu kommen. Es war nicht die erste Sitzung des Bundestagsplenums in Berlin, wohl aber die erste seit dem Oktober 1958. Wenige Wochen nach der damaligen Sitzung hatte *Chruschtschew* mit seinem Ultimatum und der Forderung nach der Schaffung einer «Freien Stadt Westberlin» eine schwere Berlinkrise entfesselt. Sechseinhalb Jahre lang fand darauf keine Sitzung des westdeutschen Parlaments mehr in Berlin statt. In der Erkenntnis, daß gegenüber den Kommunisten eine lange Zeit nicht mehr in Anspruch genommenes Recht Gefahr läuft, außer Kraft zu treten und abzusterben, hatten sich in der Bundesrepublik immer wieder Stimmen erhoben, den Rechtsanspruch auf Berlin durch eine Parlamentsitzung in dieser Stadt zu bekräftigen. Die relative Beruhigung der Situation um Berlin ließ im Frühling dieses Jahres die Gelegenheit günstig erscheinen. So ordnete Bundestagspräsident Gerstenmaier im März eine Berliner Sitzung auf den 7. April an.

Es ist kein Geheimnis, daß die Verbündeten der Bundesrepublik dem Abstecher des Bundestages nach Berlin mit gemischten Gefühlen zustimmten. Keiner der drei Mächte, die in Westberlin Besetzungsfunktionen aus-

üben, paßte es ins Konzept, es an einer Stelle zu einer Kraftprobe mit den Russen kommen zu lassen, an der die Kommunisten so eindeutig am längeren Hebelarm sitzen. Mit Rücksicht auf das Drängen Bonns stimmten die Westmächte jedoch contre cœur zu.

Was sich nun in den Tagen zwischen dem 5. und dem 10. April in und um Berlin abspielte, war wenig erhebend. Wie erwartet, demonstrierten die Kommunisten ihre Macht, die Zufahrten nach Berlin nach Belieben zu unterbinden, indem sie — unter dem Vorwand der westlich Berlin stattfindenden *Manöver* — auf der Autobahn nach Berlin die Schlagbäume jeweils für mehrere Stunden niedergehen ließen, den Schiffsvverkehr stoppten und die sowjetischen Düsenjäger mit Überschallgeschwindigkeit über die Stadt hinwegbrausten. In der Westberliner Kongresshalle hielt unterdessen der Bundestag eine Routinesitzung ab, in der während einiger Stunden über Belanglosigkeiten debattiert wurde. Auf politische Traktanden war bewußt verzichtet worden; eine Ansprache des Berliner Regierenden Bürgermeisters *Brandt* hatte man in letzter Stunde abgesagt.

Soweit es sich bis heute überblicken läßt, hat der Abstecher des Bundestages nach Berlin keine weitreichenden Folgen gehabt, weder in positiver noch in negativer Hinsicht. Bei einer Wiederholung eines ähnlichen Experimentes ist die Gefahr jedoch nicht von der Hand zu weisen, daß den Sowjets und der DDR der willkommene Anlaß geboten wird, für sich in irgendeiner Form einen Vorteil herauszuschlagen und aus dem schon stark ausgehöhlten Rechtsgefüge der geteilten Stadt ein weiteres Stück herauszubrechen. So verständlich es ist, daß man in Westdeutschland von Zeit zu Zeit für Berlin demonstrieren will, um sich nicht durch die normative Kraft des Faktischen aus gewissen Rechtspositionen verdrängen zu lassen, so sehr müssen solche Demonstrationen zuvor sorgfältig überlegt und mit den Verbündeten abgestimmt werden. Berlin ist schon wegen seiner isolierten Lage kein Objekt für politische Offensivaktionen des Westens.

Fabius

MOSKAUS SATELLITENPOLITIK ZWISCHEN WARSCHAU UND BUKAREST — BRESCHNEWS BEWÄHRUNGSPROBE

Zum erstenmal seit dem Sturz Chruschtschews haben seine Nachfolger, Breschnew und Kossygin, Polen einen offiziellen Besuch abgestattet. Zwar waren sie schon zweimal Gast Gomulkas, zuerst wenige Wochen nach der Wachablösung im Kreml und dann im Januar dieses Jahres, anlässlich der Konferenz des Warschauer Paktes, aber ihr Auftreten vollzog sich damals unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Anders war es Anfang April 1965, als sie durch das Land fuhren und auf den Kundgebungen zu der Bevölkerung sprachen. Somit war es auch eine erste Bewährungsprobe für die neuen Sowjetführer im Umgang mit den Polen. Die Aufgabe war nicht leicht, denn die Erinnerungen an Chruschtschew sind noch sehr lebendig, aber Breschnew und Kossygin haben die Prüfung gut bestanden.

Der sowjetische Besuch in Polen hat übrigens die Hypothese bestätigt, daß man es nicht mehr mit der gleichen kollektiven Führung in Moskau zu tun hat, wie sie eine Zeitlang nach dem Sturz Chruschtschews herrschte, sondern daß sich im stillen ein Machtwechsel vollzogen hat. Denn Breschnew beherrschte bei dieser ersten öffentlichen Premiere in einem sozialistischen Land von Anfang an die Bühne. Er allein stand im Rampenlicht der Aufmerksamkeit, und ihm war es vorbehalten, wichtige politische Erklärungen abzugeben. Kossygins Rolle war ausgesprochen zweitrangig; das zeigte sich vor allem beim Auftritt des sowjetischen Regierungsschefs auf der Kundgebung in Breslau. Das, was er zu sagen hatte, war völlig belanglos. Weder zur Vietnamkrise noch zu den deutsch-polnischen Beziehungen und erst recht nicht zu der Berlinfrage durfte er etwas Wichtiges sagen. Erst Breschnew hat auf der Kundgebung vom 8. April in Warschau zu allen schwelbenden internationalen Problemen Stellung genommen und damit den Beweis erbracht, daß er nicht nur in den ideologischen Fragen und in der Innenpolitik, sondern auch auf dem außenpolitischen Gebiet das letzte Wort hat.

Die Bedeutung des Besuches

Anlaß für diesen Besuch bildete die Unterzeichnung eines neuen sowjetisch-polnischen Beistandspaktes. Das alte Abkommen, das noch in der Schlußphase des Zweiten Weltkrieges, nämlich im April 1945, geschlossen worden war, lief am 21. April 1965 ab. Inzwischen ist Polen durch zusätzliche Verträge an die Sowjetunion gebunden worden, so etwa durch verschiedene Abmachungen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit, kulturpolitische Konventionen, Konsularabkommen und schließlich durch den Truppenvertrag, den Gomulka nach dem Oktober-Umschwung vom Jahre 1956 ausgehandelt hatte, um den Verbleib der sowjetischen Divisionen auf dem polnischen Boden völkerrechtlich zu untermauern. Aber der Beistandspakt war natürlich das Kernstück dieses umfangreichen Vertragssystems, und Gomulka hat vor einigen Wochen auf der Tagung des Zentralkomitees seiner Partei klipp und klar erklärt, daß es für ihn keine Alternativen zu der Bündnispolitik mit der Sowjetunion gibt. Der polnische Parteichef ist in seinen Ausführungen noch einen Schritt weitergegangen und hat allen Kritikern zu Hause und im Ausland erklärt, daß auch, wenn die Westmächte und die Bundesrepublik die Oder-Neiße-Grenze voll anerkennen sollten, sich an der Bindung Polens an Moskau nichts ändern würde.

Der neue Vertrag

Der neue polnisch-sowjetische Beistands- und Freundschaftspakt vom 8. April 1965 soll nach der Ratifizierung durch den Obersten Sowjet und durch den polnischen Sejm zwanzig Jahre in Kraft bleiben. Seine Spitze richtet sich gegen Bonn, denn im Artikel 6, der für die Deutschlandpolitik Moskaus und Warschaus in Zukunft von großer Bedeutung sein kann, heißt es: «Die vertragschließenden Parteien werden gemeinsam alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel

anwenden, um die Gefahr einer Aggression von seiten der westdeutschen Kräfte des Militarismus und der Revanche oder von seiten eines anderen Staates, der mit diesen Kräften ein Bündnis abschließen würde, zu beseitigen.» Die Herrscher der Sowjetunion und Volkspolens sind also der Meinung, daß die Spannungen mit Bonn auch in den kommenden Jahren fortbestehen werden und daß dies den Hauptinhalt der erneuerten polnisch-sowjetischen Allianz bilden soll.

Genauso wichtig sind jene Punkte, in denen sowjetische Garantien für die Unverletzlichkeit der Oder-Neiße-Grenze festgelegt werden. Im übrigen enthält das ganze Vertragswerk Bestimmungen, welche die politische, militärische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit zwischen Warschau und Moskau kodifizieren. Für Polen bedeutet dieser Pakt, daß die Anlehnung an die Sowjetunion noch fester und die wirtschaftliche Verflechtung mit Moskau stärker wird. Gerade wenige Tage, bevor der neue Vertrag unterzeichnet wurde, sind umfangreiche wirtschaftspolitische Vereinbarungen getroffen worden, die den vermehrten Warenaustausch bis zum Jahre 1970 bestimmen. Für Polen ist dies wichtig, denn damit sind die Rohstofflieferungen für die Schwerindustrie langfristig gesichert worden. Außerdem ist auch der Absatzmarkt für polnische Industrieerzeugnisse im großen Maße vorhanden. Zu den bisherigen imposanten Aufträgen für den Bau polnischer Schiffe für die Sowjetunion ist ein anderer lukrativer Auftrag hinzugekommen, nämlich über die Errichtung mehrerer Chemiewerke mit polnischen Ausrüstungen und Fachkräften.

Beispiel für andere?

Die neue sowjetische Führung hat sich bereit erklärt und Breschnew hat das expressis verbis an der öffentlichen Kundgebung in Warschau bestätigt: die innere Autonomie, um die es Gomulka seit dem Oktoberumschwung im Jahre 1956 ging, genauso zu akzeptieren, wie das früher unter Chruschtschew der Fall war. Gomulka kann unbekümmert seinen Sonderkurs in der Agrarpolitik ohne Kolchosen fortsetzen, voraus-

gesetzt, daß er in den prinzipiellen außenpolitischen und ideologischen Fragen treu zu Moskau steht. An dieser Loyalität des polnischen Parteichefs brauchen die Kremlherrscher nicht zu zweifeln, denn Gomulka hat ihnen das mehrmals feierlich versichert. Für ihn ist das solidarische Zusammensehen mit Moskau in allen Fragen, die den Ostblock angehen, vor allem aber in den mitteleuropäischen Angelegenheiten nicht die Frage der jeweiligen Taktik, sondern ein fester Grundsatz. Diesem Prinzip folgend verpflichtete sich der polnische Parteichef, auch die Interessen der Sowjetunion in der Deutschlandpolitik, das heißt die Unterstützung der DDR in allen Phasen und mit allen Mitteln zu pflegen. Auch die vorbehaltlose Treue zum Warschauer Paktsystem und zu der konstruktiven Zusammenarbeit im Comecon gehört gleichwohl zu einer der polnisch-sowjetischen Vereinbarungen. Die Sowjetunion braucht auch nicht zu befürchten, daß Polen sich irgendwelche Extravaganz, wie etwa Rumänien, erlauben würde.

Das widerspenstige Rumänien

Die neuen Herren in Bukarest bekunden dem eigenen Volk und dem Ausland sehr nachhaltig, daß der Kurs, der der im März 1965 verstorbene Parteiführer Gheorghiu-Dej bestimmt hat, auch in Zukunft für die Innen- und Außenpolitik Rumäniens verbindlich sein wird. Der neue Parteichef, Nicolae Ceausescu, hat die Hauptmerkmale dieser Politik genau präzisiert: Rumänien wird mit allen Ländern der Welt auf der Grundlage der Prinzipien der «friedlichen Koexistenz» aktiv zusammenarbeiten. Bukarest will mit allen Völkern solidarisch sein, «die ihre Freiheit und nationale Unabhängigkeit errungen haben und diese verteidigen». Auch in den Beziehungen mit den kommunistisch regierten Staaten, das heißt auch mit der Sowjetunion, werden für Rumänien die Grundsätze der Achtung der Unabhängigkeit, Souveränität und Gleichberechtigung sowie der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten gelten. Vom sowjetischen Standpunkt aus betrachtet ist das eine Herausforderung, denn in Moskau hat man schon mehrmals er-

klärt, daß solche Prinzipien nur in den Beziehungen zwischen den Ländern mit den verschiedenen Regierungssystemen, aber nicht im Verhältnis zwischen den «brüderlichen» sozialistischen Ländern angewandt werden sollten.

Die Trauerfeierlichkeiten für Gheorghiu-Dej haben übrigens die Stellung, die sich die Kommunisten Rumäniens in den letzten zwei bis drei Jahren erkämpft haben, sehr plastisch demonstriert. Die Sowjetunion und Rotchina haben sich sozusagen am Sarg des Verstorbenen einen Wettbewerb um Rumäniens Kommunisten geliefert. Dennoch haben die Chinesen mehr Anklang gefunden, weil sie in der Trauerbotschaft Mao Tse-tungs sehr deutlich antisowjetische Akzente anschlugen. Rotchina würdigte Gheorghiu-Dej als einen entschlossenen Kämpfer gegen den «Großmachtchauvinismus», womit die imperialistische Haltung Moskaus umschrieben wird.

Mao hat auch die Wirtschaftspolitik Rumäniens gelobt, weil sie «unabhängig» und «selbständige» sei. Das bezog sich offenbar auf die Obstruktionspolitik, die Bukarest bereits seit mehreren Jahren im Comecon betreibt. Und die neue rumänische Führung setzt diesen Kurs fort.

Comecon weiter blockiert

Die offiziellen Communiqués über die Tagung des Exekutivkomitees des Comecon werden immer verschwommener und nichtsagender. Seitdem die rumänische Regierung die Integrationsbestrebungen Moskaus durchkreuzt hat, beschränkt man sich auf ausweichende Mitteilungen und Gemeinplätze. So war es auch diesmal bei der 17. Session des Exekutivkomitees, die vom 7. bis 9. April in Moskau abgehalten wurde. Schon bei der Einberufung der Tagung hat man keine Mitteilungen darüber gemacht, um was es bei dieser Tagung gehen wird. Nur die polnische Seite war, wie gewöhnlich, etwas mitteilungsfreudiger. Die polnischen Zeitungen schrieben nämlich, daß es sich im Grunde genommen um die Fortsetzung des Meinungsaustausches handle, der auf der 19. Ratssitzung in Prag begonnen habe.

Bekanntlich sind die Teilnehmer auf der Prager Tagung zu keinem Fortschritt gelangt, und die Fragen der weiteren Koordinierung der Pläne wie auch der Arbeitsteilung blieben wie zuvor in der Schwebe.

Es waren auch nur die polnischen Blätter, die aus Moskau etwas ausführlicher und eingehender darüber berichteten, worüber man dort diskutierte. So erfuhr man zum Beispiel aus diesen Berichten, daß das Sekretariat unter der Führung von Fadejew und seines Stellvertreters Zborowski, unter Hinzuziehung der Kommission zur Koordinierung der wissenschaftlich-technischen Forschungen, einen Bericht über eine bessere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kunststoffe vorgelegt hat. Danach wurde eine Liste von 57 verschiedenen Kunststoffarten zur Beratung vorgelegt, und man wollte sich darüber einigen, wie die Arbeitsteilung in Zukunft aussehen wird. Im Schlußcommuniqué ist aber kein Hinweis darüber enthalten, daß man sich geeinigt habe. So muß man wiederum annehmen, daß auch diese Frage offen geblieben ist. Ähnlich scheint es auch auf dem viel wichtigeren Gebiet der Kooperation im Maschinenbau und der elektrotechnischen sowie elektronischen Industrie auszusehen. Das war ja schon die heikelste Frage bei der Ratstagung in Prag zu Beginn des Jahres. Nun ist man zu dem halben Kompromiß gelangt, daß eine neue Konferenz im kommenden Herbst durchgeführt werden soll, an der Spezialisten und Ingenieure auftreten werden, um dem Exekutivkomitee neue Vorschläge zu unterbreiten. Also auch hier kein richtiger Fortschritt.

Man wird wahrscheinlich nicht fehlgehen, wenn man den neuen Rückschlag wiederum auf die Opposition Rumäniens zurückführt. Denn die rumänische Regierung hat statt des ständigen Delegierten in Comecon, des stellvertretenden Ministerpräsidenten Birladeanu nur einen untergeordneten Beamten nach Moskau entsandt, nämlich den Sekretär in der Regierungskommission für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, Gheorghe Cioare, einen Mann also, der nicht einmal den Rang eines Vizeministers bekleidet.

Alexander Korab

ALBRECHT HAUSHOFER

Zum Gedenken seines zwanzigsten Todestages, 23. April 1945

Im April 1945, während die russischen Truppen Berlin besetzten, befand Albrecht Haushofer sich im Gefängnis in der Lehrter Straße, im Norden der Stadt. Er war unter dem Verdacht der Teilnahme am Umsturzversuch vom 20. Juli festgenommen worden. Noch lag kein Urteil gegen ihn vor. Die Berliner Freunde erwarteten seine Befreiung. Dann kam die Nachricht, mündlich, von einem vorübergehenden Bekannten: «Haushofer ist tot.»

Später wurden die Einzelheiten bekannt. Man hatte den Gefangenen befohlen, sich zum Abmarsch bereitzumachen. Sie würden im Hauptgebäude der Geheimen Staatspolizei ihre Papiere erhalten und dann entlassen werden. Auf dem Wege dorthin wurden sie von der Begleitmannschaft niedergeschossen. Albrecht Haushofer stand im 43. Jahr, als er sein Leben verlor.

Zum Gedächtnis des Toten vergegenwärtigen wir uns Haushofers berufliches Wirken und seine Wesensart. Er war ein vielseitig hochbegabter Mensch. Sein Fach, die Geographie und politische Geographie beherrschte er mit umfassendem Wissen. Präzise historische Kenntnisse waren ein fast selbstverständlicher, stets gegenwärtiger Besitz. Er war ein faszinierender Dozent, ein Meister des Wortes, der auch auf literarischem Gebiet eindrucksvolle Werke hinterlassen hat. Sein Gedächtnis war von untrüglicher Schärfe. Beobachtungsgabe und Wachheit der Sinne kamen ihm überall zustatten, auf seinen Reisen wie auch im Umgang mit Menschen.

Sein klarer Verstand erlaubte ihm keine Illusionen. Der nationalsozialistischen Politik stand er mit tiefer Skepsis gegenüber. In seiner Stellung als Hochschullehrer eines politischen Faches konnte er nicht umhin, pessimistische Aspekte aufzuzeigen. Er tat es in verhaltener Sprache, zog historische Beispiele an, zur Verhüllung dessen, was er über die Gegenwart zu sagen hatte. Seine Schüler verstanden ihn — aber schließlich doch auch seine Gegner! Im Jahre 1941 wurde er zum

ersten Male verhaftet. Die ihn verhörenden Beamten aber waren seiner geschickten Argumentation nicht gewachsen. Man konnte ihn nicht fassen. Zwar wurde ein Redeverbot verhängt, aber man entließ ihn aus der Haft. Sein Umgang mit Gleichgesinnten blieb ungehindert.

Wir wissen nicht, was die nationalsozialistischen Ankläger schließlich, 1945, gegen ihn vorgebracht haben würden, doch besteht kein Zweifel, daß Haushofer im deutschen Widerstand eine wenn auch verborgene, so doch einflußreiche Rolle gespielt hat. Die Ermordung am 23. April war eine jener zahlreichen Schreckenstaten in letzter Stunde, verübt von denjenigen, die ihren eigenen Untergang vor sich sahen. Der unangreifbare, geistig wohlgerüstete Gegner hatte die Rache der Unterlegenen herausgefordert.

*

Um dem Charakterbild ein wenig Anschauung hinzuzufügen, sei versucht, Gestalt und Erscheinung im Gedächtnis zu beleben. Ein geistvoller, hochstirniger Kopf saß auf einem schweren, robusten Körper. Die Kleidung, wenn auch stets korrekt, ließ erkennen, daß ihr Träger auf sein äußeres Bild keinen großen Wert legte. Er war unsportlich, hatte eher etwas Gewaltig-Seßhaftes, doch war er nicht ungewandt; umsichtig auf Reisen, ein ausdauernder Bergsteiger.

Eine Beziehung, die wohl in tieferen Schichten der künstlerischen Persönlichkeit begründet lag, war Haushofers Verehrung für das Werk C. F. Meyers. Im Hause der Tochter, Frau Camilla, in Kilchberg war er ein häufiger Gast. In Haushofers eigenen Versen ist bisweilen ein Meyerscher Klang zu spüren. Mehrere Gedichtsammlungen ließ er als Manuskript drucken, als Gabe für seine Freunde. Als dichterisch bedeutendes Werk und Dokument hinterließ Haushofer die im Gefängnis geschriebenen «Moabiter Sonnette».

Ernst Albers-Schoenberg

WIRTSCHAFT UND RECHT

Hinweise auf ausgewählte Aufsätze im letzten Jahrgang (1964)

Zwei drängende Zeitanliegen beanspruchen den größten Raum unter den Erörterungen, die den Inhalt des letzten Jahrgangs der hier besprochenen Zeitschrift bilden: Fragen der schweizerischen Konjunktur- und Wirtschaftspolitik einerseits und die Probleme des Kleinstaates gegenüber der sich vollziehenden Integration Europas anderseits¹.

Dem ersten Fragenkreis ist ein Sonderheft gewidmet (Heft 3/1964). Ausgehend von der Feststellung, daß die soeben von Volk und Ständen angenommenen dringlichen Bundesbeschlüsse auf den Gebieten der Geld- und Kreditpolitik (Beschränkung des Kreditvolumens sowie des Kapitalzuflusses aus dem Ausland) und der Investitionspolitik (Beschränkung des Bauvolumens) sowie die bundesrätlichen Beschränkungen des Fremdarbeiterbestandes dreifach unzureichend, weil lückenhaft, teilweise nicht marktkonform und einer ausschließlich kurzfristigen Betrachtungsweise verhaftet seien, haben sich die St. Galler Doktoranden im Sommer 1964 die Aufgabe vorgenommen, ein «langfristig gültiges, ausgewogenes und umfassendes konjunkturpolitisches Programm» auszuarbeiten. Dieses Programm soll nach der Ansicht seiner Autoren dazu beitragen, die kurzfristigen Schwankungen der Wirtschaftstätigkeit aufzufangen und ihre Übersteigerungen zu krisenhaften Rückschlägen oder ungesunden Booms zu vermeiden und gleichzeitig ein langfristiges Wachstum im Gleichgewicht sicherstellen. Neben den volkswirtschaftlichen Aspekten des Problems zeigt die Arbeit auch dessen rechtliche Seiten auf, indem es jeweils im einzelnen darlegt, auf welche bestehenden Rechtsgrundlagen die vorgeschlagenen Maßnahmen abgestützt werden könnten oder welche rechtlichen Anpassungen dazu erforderlich wären.

Unberücksichtigt bleiben dagegen die tatsächlichen Begrenzungen, die sich der Verwirklichung der angeregten Maßnahmen in der politischen Wirklichkeit entgegenstellen. Dies tut zwar dem akademischen Programm keineswegs Abbruch, entzieht aber

seiner Kritik an den Maßnahmen der verantwortlichen politischen Instanzen, denen ein wesentlich engerer Aktionsspielraum gewährt ist, zumal wenn in nützlicher Frist greifbare Erfolge erzielt werden müssen, weitgehend die Grundlage.

Die sich in mehrere Teile aufgliedernde Arbeit beginnt mit einer allgemeinen Einteilung, welche die Entwicklung der schweizerischen Volkswirtschaft in der Nachkriegszeit und die möglichen Interventionsbereiche für konjunktur- und wirtschaftspolitische Eingriffe aufzeigt. Anschließend werden die wichtigsten volkswirtschaftlichen Teilbereiche gesondert untersucht (Investitionen, Arbeitsmarkt, Staatshaushalt, Geld- und Kapitalmarkt, Landwirtschaft und Raumplanung) und konkrete Vorschläge unterbreitet. An solchen Vorschlägen seien stellvertretend für viele erwähnt: die Schaffung eines Wirtschaftsrates zur sachkundigen Beratung der Bundesbehörden, die Förderung der Leistungsfähigkeit des Baugewerbes, die fiskalische Begünstigung des Spars, die Erweiterung des Instrumentariums der Schweizerischen Nationalbank, eine umfassende Staats-, Regional- und Ortsplanung usw.

Für die Ausarbeitung einer grundsätzlichen langfristigen Konzeption für ein Wachstum im Gleichgewicht — die Aufgabe, die sich den Behörden nun unter dem Schlagwort der Vorlage eines Anschlußprogramms stellt — vermittelt die St. Galler Studie zweifellos manche wertvollen Anregungen.

Gegenstand des zweiten hauptsächlichen Diskussionsanliegens ist die Stellung des Kleinstaats gegenüber den übernationalen Zusammenschlüssen. In zwei Aufsätzen über «Die europäische Integration und das Souveränitätsproblem» setzt sich Emil Straub mit der These Hans Georg Koppensteiners auseinander (Hefte 1/1964 und 4/1964), wonach die Mitgliedschaft bei der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die rechtliche Souveränität der Mitgliedstaaten nicht berühre, da ihnen politisch nichts genommen werde, was sie nicht ohnehin bereits verloren hätten.

Straub bezeichnet diese These als bloße Rationalisierung einer «position prise». De jure sei für die Mitgliedstaaten der EWG ein Souveränitätsverlust unausweichlich; de facto verteile sich dieser Souveränitätsverlust überdies sehr ungleichmäßig auf die einzelnen Mitgliedstaaten: er sei stärker für die Kleinstaaten als für die relativ größeren Mitglieder der Gemeinschaft, denn gegenüber Kleinstaaten könnte das Gemeinschaftsrecht bei Widerhandlungen, auch ohne legale Möglichkeiten zu seiner Durchsetzung, infolge der faktischen Macht der Großen verwirklicht werden. Gegenüber den relativen Großstaaten in der EWG bleibe dagegen das Gemeinschaftsrecht undurchsetzbar. In einer Duplik unter dem Titel «Ideologie statt Wissenschaft» (Heft 1/1964) tritt Koppensteiner diesen kritischen Einwänden Straubs entgegen. Derselben Frage des Verhältnisses zwischen dem Kleinstaat und übernationalen Zusammenschlüssen gilt ein Aufsatz Hans Christoph Binswangers («Kleinstaat und übernationaler Zusammenschluß», Heft 1/1964). Nach Binswanger bietet das überationale Integrationsprinzip, oder kurz gesagt die Abschaffung des Vetorechts innerhalb der Gemeinschaft, dem Kleinstaat grundsätzlich die größeren Garantien für die Wahrung seiner Interessen als eine bloße lose Koopera-

tion, etwa nach dem Vorbild des von de Gaulle vorgeschlagenen «Europa der Staaten», da diese zwischenstaatliche Integrationsform allzuleicht unter dem Deckmantel der unangetasteten nationalen Souveränität hegemonialen Bestrebungen einzelner Mitgliedstaaten Vorschub leiste.

Mit den oben erwähnten Aufsätzen sind nur zwei Probleme herausgegriffen worden, die im besprochenen Jahrgang 1964 von *Wirtschaft und Recht* zur Sprache kamen. Weitere Aufsätze gelten der Frage, ob die Schweiz neuer Universitäten bedürfe, dem Ausbau der Kontrollmöglichkeiten des eidgenössischen Finanzhaushalts, der Wirtschaftsprogrammierung als Mittel der Wirtschaftspolitik usw. Diese wenigen Beispiele sollten genügen, um die Vielfalt der Gegenstände zu verdeutlichen, deren Erörterung *Wirtschaft und Recht* auch im letzten abgeschlossenen 16. Jahrgang wieder Raum gewährt hat.

Herbert Schönenberger

¹ *Wirtschaft und Recht*, Zeitschrift für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsrecht mit Einschluß des Sozial- und Arbeitsrechtes, hg. von PD. Dr. Leo Schürmann und Prof. Dr. Alfred Nydegger.

Der Hund und die Katze

Der Hund und die Katze wollten dem Hausherrn nicht anders dienen als um Fleischkost. Der Hausherr war freilich zuerst dagegen, als er aber schließlich einsah, daß der Handel sonst nicht zustande kommen werde, gab er nach und unterzeichnete mit ihnen einen Kontrakt, worin er sich verpflichtete, dem Hunde und der Katze einmal täglich Fleisch zu geben.

Die Katze nahm den Kontrakt an sich, brachte ihn in den Dachraum und band ihn dort an einen Querbalken.

Die Mäuse fanden den Kontrakt und zerknabberten ihn in lauter kleine Stückchen.

Nachher, als der Hund und die Katze zum Hausherrn gingen, um von ihm das versprochene Fleisch zu verlangen, da wünschte er den Kontrakt einzusehen; weil aber weder der Hund noch die Katze ihn vorzeigen konnten, ließ sie der Hausherr das Fleisch nicht einmal riechen.

Schließlich entbrannte zwischen dem Hunde und der Katze ein Streit. Der Hund verlangte, die Katze solle den Kontrakt herbeischaffen, denn ohne das hatten sie auch nicht einen Mundvoll Fleisch zu erhoffen. Weil aber die Katze den Kontrakt auf keine Weise herbeischaffen konnte, so wurde seit jenem Tage der Hund zum schlimmsten Feinde der Katze.

Da nun die Katze trotz ihres Mutes dem Hunde nichts anhaben konnte, so begann sie die Mäuse zu verfolgen, weil sie den Kontrakt zerrissen hatten.

(Aus: Finnische und estnische Märchen, Verlag Eugen Diederichs, Düsseldorf-Köln.)